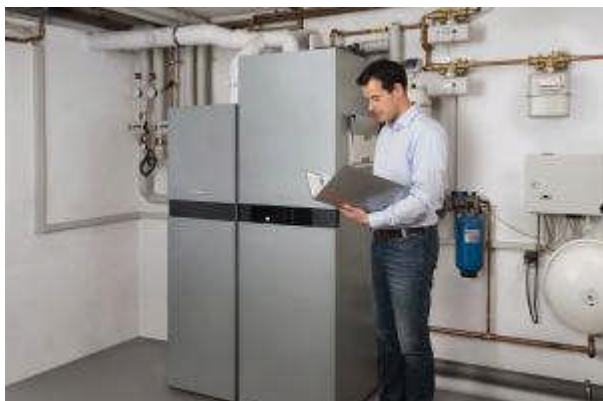


GEBÄUDEENERGIEGESETZ IST GESCHEITERT



Das Gebäudeenergiegesetz, das einen Effizienzstandard für öffentliche Gebäude vorgeben sollte, ist gescheitert. (Quelle: Viessmann Werke)

Berlin (energate) - Das Gebäudeenergiegesetz (GEG) steht vor dem Aus. Bei einem Treffen konnten die Spitzen der schwarz-roten Regierungskoalition keine Einigung bei der Gesetzesvorlage erzielen, die Bundeswirtschafts- und Bundesumweltministerium formuliert hatten. Das GEG sollte das Energieeinspargesetz samt der Energieeinsparverordnung und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz zusammenführen und Effizienzstandards für öffentliche Nichtwohngebäude vorgeben ([energate berichtete](#)). Zugleich sollte es die überfällige Umsetzung der EU-Gebäuderichtlinie in nationales Recht wenigstens zum Teil bewerkstelligen. Die Unionsseite hält die Effizianzorderungen jedoch für zu hoch und sieht das bezahlbare Bauen gefährdet. Sie blieb wie erwartet bei ihrer bisherigen Ablehnung ([energate berichtete](#)).

Gegen die Union richtet sich denn auch die Kritik, die von allen Seiten kommt. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) sprach Medienberichten zufolge angesichts der Unions-Blockade von einem "Armutzeugnis". Das Gesetz hätte bezahlbares Bauen und Klimaschutz im Gebäudebereich in Einklang gebracht, betonte sie. Auch die Opposition gibt der Union die Schuld. "Der Widerstand der Union ist nicht mehr als unverantwortliches Wahlkampfgetöse auf Kosten von Umwelt und Gebäudeinnovation", rügte Eva Bulling-Schröter, energiepolitische Sprecherin der Linken-Bundestagsfraktion. Sie verwies auf Berechnungen der Ministerien, wonach das GEG lediglich zu einer Baukostensteigerung von höchstens 2,5 Prozent führen würde. Die Grünen monieren ein Versagen bei der Energiewende im Wärmebereich. "Notwendig wären zukunftsweisende Vorgaben für Neu- und Altbauten, die Klimaschutz und Wohnkomfort zusammenbringen. Doch die Union will mit ihrer Blockadehaltung selbst die kleinsten Fortschritte im Gebäudebereich verhindern", so deren energiepolitische Sprecherin Julia Verlinden.

Auch aus der Wirtschaft kommen Mahnungen. "Die Bundesregierung hat die Chance vertan, in dieser Legislaturperiode einen wirksamen Impuls für mehr Energieeffizienz bei Gebäuden zu setzen. Verbraucher und Investoren verlieren wertvolle Zeit", erklärte Holger Lösch, Mitglied der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI). Er forderte die Politik auf, den Stillstand in diesem Bereich nach der Wahl zu beenden. Auch die Immobilienbranche ist mit dem Nicht-Ergebnis unzufrieden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland lehnt den im GEG vorgesehenen Niedrigstenergiegebäudestandard für öffentliche Gebäude zwar ab, weil sie eine Vorfestlegung für das private Bauen fürchtet. Andererseits hält ihr Vorsitzender Andreas Ibel den Ansatz zu einem einheitlichen Regelwerk weiterhin für richtig. /gk